

kripo.at
VEREINIGUNG KRIMINALDIENST ÖSTERREICH



2009/Nr. 5



Forschung:
Biometrie

Bericht:
**Geheimdienste in
Europa**

Interview:
**Treffen mit einem
Spion**

Prävention:
**Sicher in den
besten Jahren**

Nachrichtendienste und ihre Methoden:

**STRENG
GEHEIM**



Staatsschutz - Ungeliebt aber notwendig

„Es genügt, wenn der gewöhnliche Verbrecher erst nach seiner Tat von der Strafe ereilt wird. Wer aber den Staat angreift, muss schon an seinem Vorhaben gehindert werden, bevor er sein Ziel erreicht.“

Mit diesem einen Satz wird präzise der Unterschied zwischen Polizeiarbeit und Staatsschutz aufgezeigt. Diese Erklärung ist nicht ein Produkt unserer Tage, sondern wird dem legendären spartanischen Gesetzgeber Lykurgos zugeschrieben. Angriffe gegen den Staat hat es, wie wir aus der Geschichte wissen schon gegeben seit es den Begriff des Staates gibt, daran hat sich bis heute nichts geändert. Und wo es Angreifer gibt, da gibt es Verteidiger, ob die nun Staatspolizei, Verfassungsschutz, Heeresabwehramt oder Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung heißen, ist dabei egal.

Es gehört zu den Aufgaben eines jeden Staatsschutzes Menschen und Gruppen zu beobachten, die vielleicht gegen den Staat und seine Organe mit ungesetzlichen Mitteln vorgehen wollen. Das diese Aufgabe nicht in voller Transparenz erfolgen kann, wird doch wohl dem Dümmeren einleuchten. Diese weltweit gängige Vorgehensweise wird dennoch gerne als Bespitzelung diskreditiert. Das Image des Staatsschutzes ist damit dauernd Angriffen ausgesetzt. Wenn sich dann noch Mitarbeiter dieser Dienste korrumpieren lassen, wenn deren Arbeit nicht mehr nachvollziehbar in der Ausspähung anderer Dienste besteht, wenn sich Beamte dieser Dienste als willfährige Handlanger verschiedener Politiker andienen, dann ist der Ruf endgültig dahin. Genau in dieser Situation sind wir wieder einmal in Österreich – nicht zum ersten Mal. Sofort treten dann Scharlatane auf, die die gänzliche Abschaffung oder zumindest die völlige Transparenz jedes Aktes verlangen, für mich aus vordergründigen Motiven. Aus der geschichtlichen Erfahrung wissen wir, dass es dann gerade jene sind, die, falls sie an die Macht kommen, den legalen Staatsschutz mit illegalen Mitteln ausstatten und zur Machterhaltung nützen.

Wie es aussieht, ist Österreich nicht gerade am Rande eines nicht demokratisch legitimierten Machtwechsels, dessen ungeachtet müssen wir aber aufpassen, dass das Kind nicht mit dem Bad ausgeschüttet wird. Wir brauchen einen Staatsschutz und dieser muss Arbeitsbedingungen haben unter denen er tätig sein kann. Das heißt nicht, dass er jeder Kontrolle entzogen werden soll.

Der zivile Teil des österreichischen Staatsschutzes wird personell von Kriminalbeamten gestellt, doch auch der militärische arbeitet in vielen Bereichen nach kriminologischen Regeln. Ein Grund warum wir uns mit dem Thema befassen, übrigens nicht das erste Mal. Bereits in der Nr. 230 (Mai 1969) befasste sich unsere Zeitschrift „Der Kriminalbeamte“ mit dem Thema Staatssicherheit und der Kritik an der Staatspolizei.

Während Nachrichtendienste in demokratischen Ländern an Gesetze gebunden sind, halten sich Geheimdienste meist nur bedingt an diese Spielregeln. Völlig kriminell wird es aber, wenn ehemalige Angehörige einer staatlichen Truppe das Gesetz selbst in die Hand nehmen. Ein mehr als geheimnisvoller Fall aus diesem Bereich rundet das Thema „Geheim“ ab.

Richard Benda,
Präsident

INHALT

Editorial Staatsschutz - Ungeliebt aber notwendig	3
kripo.at NEWS Nationale und Internationale Short-Cuts	5
Top-Thema: - Nachrichtendienste - Ausland übernimmt Inland - Auericky geht, Zwettler kommt	6 9
Ausländische Nachrichtendienste: Tschechien und Ungarn	11
Forschung; Biometrie	13
kripo.at INTERN - Sicher in den besten Jahren - Tausche Stimme gegen Kugelschreiber - kripo.at Termine	15 17
Spionage: Treffen mit einem Spion	19
Streng geheim: Geheimdienste in Europa	23
Spionage: Die schwarze Welt	25
Krisengewinner: Das Geschäft mit der Krise	29

kripo.at NEWS

Nationale und Internationale Short-Cuts

Österreich: Kleine Punkte für große Autos



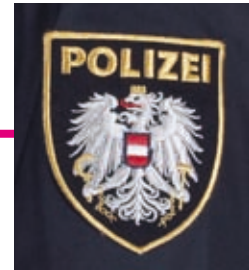
„M-dotDNA“, die Diebstahlssicherung per Mikropunkt hat in Österreich Eingang in der Autobranche gefunden. Vor allem im Segment Luxusauto will man damit den Kunden eine zusätzliche Diebstahlssicherung anbieten.

Auto-Stahl, einer der größten Landrover-Händler in Österreich, hat mit „mighty-dot“ ein Kooperationsabkommen abgeschlossen und wird diesen Zusatzbonus seinen Kunden gratis anbieten.

In Zukunft werden bei Stahl Landrover standardmäßig mit der „M-dotDNA“ Sicherheitsmarkierung ausgerüstet. Kunden die Honda-Pkws. oder Motorräder bei Auto-Stahl kaufen, können ihre Fahrzeuge durch die preisgünstige Diebstahlssicherung schützen lassen. Auch die Keusch Ges.m.b.H, Vertragshändler für die Oberklassenautos der Marke Lexus, wird die „M-dot-Mikropunkte“ an Neufahrzeugen anbringen.

Besitzer anderer Marken können in den 117 Werkstätten der Firma Forstinger ihre Fahrzeuge mit den Mikropunkten ausstatten lassen.

Österreich: Kriminalität - Nur Hiobsbot- schaften



Eigentlich müssten im Innenministerium die Alarmglocken in Serie läuten. Die aktuellen Zahlen der Kriminalstatistik der Zeit Jänner bis Juli 2009 brachten nur Hiobsbotschaften. Und das nicht nur in einer Deliktsparte, sondern quer durch das Strafrecht.

66,7% Steigerung bei den Einbruchsdiebstählen in Einfamilienhäuser, 13,3% bei Wohnungen. 71,6% mehr gestohlene Pkws. oder in Zahlen ausgedrückt 1.718 Stück. Lkws wurden um 49,5% mehr gestohlen. Unglaubliche 130% Steigerung gab es bei den Falschgelddelikten, 14,7% bei den Taschendiebstählen. Fast bescheiden dagegen die Steigerung bei Vandalenakten mit 3,5%.

Die Steigerungsraten waren nicht bundeseinheitlich, doch zeichnet sich der Schwerpunkt in Ostösterreich ab. In der Bundeshauptstadt Wien gab es 12,23% mehr Delikte, an zweiter Stelle im äußersten Westen Vorarlberg mit einer Steigerung von 8,22%. Das Umland von Wien folgt mit 4,17% an dritter Stelle. Gesamtösterreich verzeichnet eine Steigerung von 5,33% was 347.140 Delikte bedeutet. Die Zentren der Kriminalität liegen entlang der Autobahnen, sie sind die Blutbahnen der Kriminalität. Der Schluss, dass ein Gutteil der Delikte auf reisende Täter zurückzuführen ist, wird wohl nicht falsch sein.

Die wenigen Lichtblicke der Kriminalitätsentwicklung: Raubüberfälle gingen um 25,6% zurück und weniger Jugendliche wurden angezeigt. Die Steigerung der Aufklärungsquote um 01% auf 39,2% stoppt wenigstens den Trend nach unten.

Belgien: Justiz droht Korruptionsskandal

Die belgische Kriminalpolizei hat einen Brief an den Justizminister Stefaan de Cleerck geschrieben in dem sie einigen hohen Staatsanwälten Korruption vorwirft, berichtet die belgische Zeitung „De Tijd“. Von einer Sprecherin des Justizministeriums werden Ermittlungen bestätigt, man wollte aber über das laufende Verfahren keine Auskünfte geben.

Dem Zeitungsbericht nach könnte die Ermittlung Licht in einige wesentliche Wirtschaftsprozesse der Vergangenheit bringen, vor allem in die Entscheidung des Verkaufs der Fortis-Bank an die französische BNP Paribas.

Im März hatte bereits ein Untersuchungsausschuss kritisiert, dass die zurückgetretene belgische Regierung unter Yves Leterme die Gewaltentrennung in Gefahr bringe weil sie problematische Verbindungen zu Justizangestellten pflege.

Österreich: Verfassungsschutzbericht

Der Verfassungsschutzbericht 2009 belegt, dass Österreich, was Terrorismus und politische Kriminalität betrifft, eines der sichersten Länder der Welt ist.

Der Rechtsextremismus bewegt sich auf einem sehr niedrigen Niveau und hat sich gegenüber 2008 nicht verändert. Es wurden insgesamt 835 Anzeigen erstattet. Die Aktivitäten bewegen sich vorwiegend im Rahmen Gleichgesinnter. Der Linksextremismus ist durch seine weiter bestehende Spaltung in eine leninistisch-marxistische bzw. trotzkistische Szene und anarchistisch-autonome Gruppierungen geschwächt.

Schmieraktionen, Hausbesetzungen und Straftaten gegen „Rechts“ sind die Aktivitäten dieser Szene. Insgesamt wurden lediglich 64 Anzeigen erstattet. Steigerung erfuhren Straftaten durch militante Tierrechtsgruppen. Der Großteil der Straftaten wurde durch die Animal Liberation Front begangen. Im Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug kam es zu einigen Gewalttätigkeiten, doch ist auch hier keine wesentliche Steigerung sichtbar. Die Repräsentanz ausländischer Nachrichtendienste wird als überproportional hoch bezeichnet. Wirtschaftsspionage und Überwachung von in Österreich lebenden Oppositionellen sind Hauptaufgabengebiete. Zentrum sämtlicher Aktivitäten aller Gruppen ist Wien.





Nachrichtendienste

Strukturen, Aufgaben und Reformen

Nachrichtendienste, verschiedene Gesellschaften und Gruppen mit dem Ziel an bestimmte allgemein nicht zugängliche Informationen zu kommen, sind vermutlich so alt wie die Geschichte der Menschheit.

Staatsmänner jeder Herkunft, Diktatoren und gekrönte Häupter förderten solche Einrichtungen schon immer. Auch in den jungen Demokratien des 20. Jahrhunderts setzte sich meist bald die Erkenntnis durch, dass solche Dienste unverzichtbar seien.

Die 1918 untergegangene k.u. k. Monarchie verfügte in ihrer Glanzzeit über eines der besten geheimdienstlichen Netzwerke der Welt. Es reichte von der Adria bis den Orient und von Wien bis weit hinter die Grenzen des damaligen Zarenreiches.

Bereits lange vor dem ersten Weltkrieg bediente man sich moderner Errungenschaften wie der Telegrafie, der Phonographie und der Fototechnik. Auch die Daktyloskopie wurde planmäßig eingesetzt und immer wieder verbessert. An dem über Österreich hinaus Aufsehen erregenden

Fall des Generalstabsobersten Alfred Redl wurde deutlich, wie perfekt das Netz der Geheimdienste bereits vor fast hundert Jahren war.

Für den Durchschnittsbürger ist das Image der Nachrichtendienste oft mit Abenteuern und einem nahezu schrankenlosen Aktivismus verbunden. Vieles das üblicherweise mit strengen strafrechtlichen Sanktionen belegt wird, scheint hier zum Alltagsgeschäft zu gehören.

Dieser Eindruck ist, was einzelne, mittlerweile weltweit bekannten Länder betrifft, nicht ganz unrichtig.

Die Alltagsarbeit der Dienste in den Demokratien Europas hat jedoch wesentlich andere Aufgabenstellungen.

Gefahrenabwehr

Hier geht es meist vor allem um den Erhalt der inneren Sicherheit, das heißt im weitesten Sinne um die Abwehr aller Gefahren die den Staat oder das Staatsvolk bedrohen könnten. Ein weiterer Sektor ist die „Außenauflärung“ die zwar ähnliche Zielsetzungen hat, aber wie schon der Name sagt, vor allem im Ausland tätig wird.

Dabei wird meist nach militärischen und nichtmilitärischen Aufgabestellungen unterschieden.

Diese Aufgabenstellungen finden im Wesentlichen auch in den meisten Strukturen der Nachrichtendienste ihren Niederschlag. In den westlichen Demokratien unterliegen staatliche Nachrichtendienste meist der Kontrolle des Parlaments oder bestimmter Oberbehörden.

Mediale Aufmerksamkeit wird ihnen meist dann zuteil, wenn sie, was leider immer wieder vorkommt, in personelle oder politische Skandale verwickelt sind.

Solche Vorgänge waren auch der Anlass für die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses im österreichischen Parlament. Konkret geht es um illegale Abhörpraktiken und um die Weitergabe vertraulicher Informationen an Außenstehende.

In diesem Zusammenhang taucht auch immer wieder die Frage auf, welche Nachrichtendienste es hierzulande gibt und wie sie organisiert sind.

Von staatlicher Seite sind in Österreich drei Nachrichtendienste tätig.

Das Heeres - Nachrichtenamt (HNA) ist ebenso wie das Heeres – Abwehramt (HAA) im Verteidigungsministerium angesiedelt.

Dem Innenministerium zugehörig ist das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT).

Im Folgenden ein Überblick über Funktion und Aufgaben der einzelnen Einrichtungen.

Heeres Abwehramt

Das Heeres Abwehramt kurz HAA oder AbWA ist ein militärischer Nachrichtendienst und untersteht dem Verteidigungsministerium.

Es nimmt laut dem Büro von Verteidigungsminister Darabos (S) "im Rahmen des Eigenschutzes des Bundesheeres" die Aufgaben der "nachrichtendienstlichen Abwehr" wahr.

Dazu zählen die Abwehr von Spionage, Sabotage und "sonstiger krimineller Handlungen", welche vorsätzliche Angriffe gegen militärische Rechtsgüter "zur Beeinträchtigung der militärischen Sicherheit" erwarten lassen.

Oberst Redl



Heeres Nachrichtenamt

Das Heeres Nachrichtenamt kurz HNA ist der Auslandsnachrichtendienst des Heeres und untersteht ebenfalls dem Verteidigungsministerium. Das HNA ist laut Verteidigungsministerium der "einzige strategische Auslandsnachrichtendienst Österreichs" und somit Teil des sicherheitspolitischen "Frühwarnsystems". Die Aufgaben beinhalten die "nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung" über das Ausland. Die Arbeit der Nachrichtendienste wird ressortintern durch die Abteilung für Disziplinar- und Beschwerdewesen kontrolliert. Zusätzlich werden die Dienste durch den ständigen Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses überprüft. Ein Rechtsschutzbeauftragter kann jederzeit unangemeldet "in jeden Akt und jede Operation" Einsicht nehmen, betont man im Verteidigungsministerium.

Bundesamt für Verfassungsschutz

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) ist die zuständige Sicherheitsbehörde des Innenministeriums. Es wurde im Dezember 2002 in der Sektion II des Ministeriums - als Nachfolgeorganisation der Staatspolizei (Stapo) - eingerichtet. Das BVT untersteht unmittelbar dem Generaldirektor für öffentliche Sicherheit. Die Aufgaben des Amtes umfassen laut Verfassungsbericht 2008 "den Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen der Republik und deren Handlungsfähigkeit" sowie die "Bekämpfung extremistischer und terroristischer Phänomene, der Spionage und des internationalen illegalen Waffenhandels sowie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der organisierten Kriminalität in diesen Bereichen". Dem BVT obliegt darüber hinaus unter anderem, gemeinsam mit den Landesämtern für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT), der Schutz von Vertretern ausländischer Staaten und internationaler Organisationen.



Reformen

Natürlich gibt es, wie in vielen anderen Tätigkeitsbereichen auch, Überschneidungen, unscharfe Kompetenzregelungen und vor allem ein heftiges Konkurrenzdenken unter den einzelnen Diensten. Dies sind vielfach jene Vorgänge welche immer wieder an die Öffentlichkeit gelangen und das Image der



Wie viel Kontrolle brauchen Geheim- oder Nachrichtendienste

Dienste beschädigen.

Aktuell scheint es so, dass zumindest der politische Wille zu einer umfassenden Reform besteht. Ob es tatsächlich gelingt entsprechende Veränderungen umzusetzen ist vor allem im Hinblick auf bestehende Beziehungsgeflechte noch offen. Abzuwarten sind in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse des entsprechenden parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

- Josef W. Lohmann

Ausland übernimmt Inland

Der Wechsel von einem Heeresnachrichtendienst zum anderen war bisher unmöglich. Zu tief waren die Gräben zwischen Heeresnachrichtendienst (HNA) und Heeresabwehramt (HAA). Soweit bekannt, hat es in den letzten Jahren einen einzigen Übertritt eines Beamten der operativen Ebene gegeben. Dass sich die (auch politisch motivierte) Konkurrenz vor allem in den oberen Rängen und bei den Beamten die nicht vom Militär kamen abspielte, gilt als allgemein bekannt. Beamten der arbeitenden Ebene mussten sich mit Kollegen des anderen Dienstes konspirativ in der U-Bahn treffen, wenn sie Informationen erhalten oder weitergeben wollten.

Erst als Generalmajor Wolfgang Schneider (HAA) und Generalmajor Friedrich Weber (HNA) in entscheidende Positionen kamen, beruhigte sich das Verhältnis. Innerhalb des HAA trug dabei dessen letzter Chef (nunmehr Brigadier) Wolfgang Schneider wesentlich zur Flurbereinigung bei. Als bekannt wurde, dass der Chef des HNA Weber in Pension geht, erwartete man eine Rochade bei den Führungspositionen. Weber machte aber der Planung einen Strich durch die Rechnung und ging nicht in Pension. Damit schlug die Stunde von Edwin Potocnik, dem Leiter der Auswertungsabteilung des HNA, den Verteidigungsminister Darabos zum Leiter des HAA machte. Diese Personalentscheidung wird allgemein als Schritt in Richtung Normalisierung betrachtet. Als Außenstehender ist Potocnik auch von den internen Querelen innerhalb des Inlandsdienstes unbelastet. Insider betrachten Potocnik als ausreichend befähigt die beiden verfeindeten Bruderdienste wieder zusammen zu bringen, hatte er doch seine Fähigkeiten schon bei der Geiselnahme von Österreichern in Mali unter Beweis gestellt.

Autericky geht, Zwettler kommt

Als Inlandsgeheimdienst wird oft fälschlicherweise das aus der Staatspolizei und einigen Sondereinheiten hervorgegangene Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) bezeichnet. Das Amt ist eine hierarchisch gegliederte Polizeieinheit mit neun Landesämtern (LVT) und keinesfalls „geheim“.

Ohne Frage liegt das Hauptlast der zu bearbeitenden Materie des BVT in Wien und wird vom



Mag. Erich Zwettler

Wiener LVT wahrgenommen. Seit dem Jänner des Vorjahres leitete das Wiener Amt Werner Autericky, der sich vom Streifenpolizisten bis in diese Stelle hochgearbeitet hat. Warum Autericky so rasch das Amt verlässt, darüber gibt es mehrere Versionen. Ob die „persönlichen Gründe“ einen Wechsel in die Privatwirtschaft bedeuten oder ob ihm schlicht das Vertrauen von oben entzogen wurde, ist derzeit nicht bekannt. Das LVT-Wien übernimmt nun ein in die Materie bestens eingearbeiteter Jurist, Erich Zwettler. Dieser war zuletzt im Bundeskriminalamt als Leiter der Abteilung 3 (Organisierte und allgemeine Kriminalität), aber schon davor Chef der mittlerweile abgeschafften existierenden „Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus“ tätig. Die Führung ist vorläufig nur interimistisch, da ein Ausschreibungsverfahren notwendig ist. Dass bei diesem Zwettlers Chancen die besten sind, versteht sich von selbst.



Ausländische Nachrichtendienste



TSCHECHIEN: NACHRICHTENDIENST IST UNDICHT

Wer meint, dass es nur bei den österreichischen Nachrichtendiensten undichte Stellen gibt, der irrt. In unserem Nachbarland Tschechien gab es ein ähnliches Problem.

Ein Geheimdienst soll im Geheimen wirken, das legt schon der Name nahe. „BIS“ (Bezpečnostní Informační Služba) ist zwar kein Geheimdienst, aber ein Nachrichtendienst, dessen Ermittlungsergebnisse auch nicht unbedingt für die Öffentlichkeit bestimmt sind.

Der tschechische Nachrichtenserver „Aktuálne.cz“ erfuhr jedenfalls Mitte Oktober 2007 von einer undichten Stelle im „BIS“ und verbreitete diese Nachricht. Mitte 2006 sollen brisante Informationen von „BIS“ aus dessen Verfügungsgewalt gekommen sein. Bei der versuchten Wiederbeschaffung sollen sich die BIS-Agenten so diletantisch angestellt haben, dass die Aktion auffiel.

„BIS“-Chef Jiri Lang musste sich wegen dieser Panne vor einem Parlamentarischen Kontroll-Ausschuss verantworten.

Brisant – ein ungeklärter Zwischenfall

Der Ausschussvorsitzende Jenonym Tejc teilte mit, dass ein ehemaliger Mitarbeiter des „BIS“ bei seinem Ausscheiden Akten und Unterlagen mitgenommen habe. Nach Medienberichten lag die undichte Stelle in der Wirtschaftsabteilung. Das heikelste Dokument aus diesem Diebstahl war eine Liste der Mitarbeiter.

Keine ungefährliche Situation da dadurch das Leben der Agenten gefährdet wurde. Diese Agenten arbeiten im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Dabei wird vor allem die Privatisierung von Staatsbetrieben

überwacht, damit diese nicht in die Hand von Kriminellen gelangen. Wie brisant die Angelegenheit war, zeigt ein ungeklärter Zwischenfall während der Sitzung des Kontrollausschusses im BIS-Gebäude in Prag. Zumindest ein Schuss wurde auf das Gebäude abgegeben, verletzt wurde niemand.

UNGARN: PRIVATER NACHRICHTEN- DIENST – ANGRIFF AUF RE- GIERUNG

Wie die ungarische Zeitung „Nepszabadsag“ berichtet, hat sich eine private Sicherheitsfirma, die aber offensichtlich als privater Nachrichtendienst arbeitet, in das politische Geschehen eingeklinkt. „UD Vagyonvedelmi Zrt.“ (zu deutsch „Vermögensschutz“) soll nicht nur den Wirtschaftsminister Gordon Bajany per Lauschangriff ausspioniert haben, sondern sogar einen Hackerangriff gegen das Amt für Nationale Sicherheit (NBH) gestartet haben. Jedenfalls fand man dort in einem Computer ein Spionageprogramm dessen Herkunft auf UD weisen soll. Die Führung der oppositionellen MDF-Partei, die das nächste Opfer der Angriffe sein sollte, schaltete jedenfalls die Staatsanwaltschaft ein. Ungarns derzeitiger Geheimdienstminister Gyorgy Szilvasy gab bekannt, dass man von einem „polypenartigen Schattengeheimdienst“ sprechen kann, der an E-Mails, Kontoinformationen, Informationen aus den Steuerbehörden und der Polizei, ja sogar vom Geheimdienst selbst, gekommen war.

Wer steht dahinter

Wer ist nun die Firma UD-Vermögensschutz und wer steht dahinter?

Oberflächlich betrachtet, handelt es sich um eine einfache Sicherheitsfirma mit etwa 500 Angestellten. Diese beschäftigt sich, wie

nicht unüblich, mit Nachforschungen, Personenschutz, Datenbankdienstleistungen und Datenverarbeitung.

Eigentümer der Firma sind Jozsef Horvath und ein Janos Toth. Sie haben vor der politischen Wende für den kommunistischen Staatssicherheitsdienst gearbeitet. Horvaths Aufgabengebiet waren „linke Abweichler“, während Toth den klerikalen Bereich observierte. Beiden Personen wird ein Naheverhältnis zu den oppositionellen Jungdemokraten (FIDESZ) nachgesagt, womit für den Betrachter der politische Background offenbar wird.

Wie häufig bei Systemwechseln nehmen Geheimdienstler nicht den Hut, sondern wechseln einfach ihre Gesinnung und ihren Arbeitgeber, so auch Horvath. Unter der Regierung Orban (1998-2002) wurde er vom damaligen Geheimdienstchef Laszlo Köver in eine Führungsposition im Amt für Nationale Sicherheit gehievt. Von Geheimdienstchef Szilvasy wurde auch mitgeteilt, dass es Aufträge von Regierungschef Orban an „UD“ gegeben habe.

Eine weitere Verbindung zu FIDESZ läuft über den Politologen Istvan Stumpf. Stumpf war Kanzleramtsminister unter Orban und ist jetzt Chef der Denkfabrik von FIDESZ.

Er soll auch den Auftrag zur Bespitzelung der Chefin der Oppositionspartei MDF gegeben haben, die nachdem ihr Details in einer anonym zugesendeten CD zugespielt wurden, die Anzeige erstattete.

Wie immer in solchen Fällen werden alle Anschuldigungen zurückgewiesen und von einer politischen Hexenjagd gesprochen. Geheimdienstchef Szilvasy selbst wird als Lügner bezeichnet, der seinerseits mittels des staatlichen Geheimdienstes politisch Andersdenkende bespitzelt.

• Richard Benda



Gesichtserkennung

Bevor das Auge Fehler erkennt, identifiziert es eine Person

Das Rätsel, warum Menschen es so hervorragend schaffen, Gesichter zu erkennen, ist ein Stück weit gelöst. Gesichter werden im Gegensatz zu Objekten ganzheitlich wahrgenommen. Das behaupten Psychologen der Vanderbilt University im Fachjournal „Psychological Science“. Das erklärt, warum wir es kaum zustande bringen, uns auf einzelne Gesichtsteile zu konzentrieren und dabei den Rest zu ignorieren. In der Diskussion, ob die Gesichtserkennung auf die Spezialisierungen des Menschenhirns oder auf die häufigen Übung zurückgeht, scheint sich damit die zweite These zu bewahrheiten. Auch andere Objekte könnten auf dieselbe ganzheitliche Weise wie Gesichter wahrgenommen werden, falls es zu entsprechendem Training kommt.

Schlüssel zu unserer Fachkundigkeit

Für Testzwecke entwarfen die Forscher dreidimensionale Fantasieobjekte, sogenannte „Ziggerins“. Einige ihrer Versuchspersonen lernten die Unterscheidung der Objekte nach Namen, wie dies bei Menschen und Gesichtern der Fall ist. Eine zweite Gruppe lernte, die Objekte rasch nach äußeren Merkmalen zu klassifizieren. Jede Gruppe übertraf nach diesem Training die andere in der Aufgabenstellung, für die sie trainiert hatte, was die Forscher als Hinweis für verschiedene Wahrnehmungsprozesse bei gleichen Objekten sehen. Sollten die Versuchspersonen jedoch nach längerer Pause neue „Ziggerins“ nach ganzheitlichen Mustern unterscheiden, taten sich diejenigen leichter, die den Gebilden einen Namen gegeben hatten.

Beruflicher Nutzen

„Diese Forschung zeigt einerseits, dass die Erkenntnis eines Ganzen der Schlüssel zu unserer Fachkundigkeit im Umgang mit Gesichtern ist. Darüber hinaus wurde deutlich, dass diese Technik auch schnell auf andere Objekte übertragen werden kann“, so die Forscher. Nicht nur die äußere Form von Objekten, sondern auch die Erfahrung, die wir mit ihnen bisher hatten, bestimmte die Art, in der Menschen unterschiedliche Objekte wieder erkennen.

Um Objekte nach dem Prinzip der Gesichtserkennung wahrzunehmen und wiederzuerkennen, sei kein langes Training erforderlich. Dieses Wissen nützt vor allem jenen Menschen die sich auf Grund ihres Berufes immer wieder mit dieser Problematik auseinandersetzen müssen.

• Josef W. Lohmann



Sicher in den besten Jahren



Im Zuge des Österreichweiten Präventionsprojekts für Senioren „Sicher in den besten Jahren“ werden Seniorenberater eingesetzt. Durch gezielte Informationen und Tipps sollen sie die Seniorinnen und Senioren auf mögliche Gefahren hinweisen und dadurch ihr subjektives Sicherheitsgefühl stärken.

In einer Broschüre wurden die verschiedenen SICHERHEITSTIPPS zusammengefasst.

Engagierte und interessierte Ruhestandsbeamte können sich freiwillig für die Tätigkeit als Seniorenberater melden.

1. Voraussetzungen:

- Interesse und Engagement für die Kriminalprävention
- Vom Alter bis maximal ca. 64 Jahre
- Keine Scheu auch vor einem größeren Personenkreis zu sprechen bzw. Vorträge abzuhalten

2. Aufgaben der Seniorenberater:

- Kontaktpflege mit lokalen Seniorenorganisationen, Pensionistenvereinen usw.
- Abhaltung von Vorträgen und Beratungen hinsichtlich der Thematik - Eigentumsprävention oder andere der oben angeführten Bereiche (Unterlagen und eine Schulungs DVD werden zur Verfügung gestellt)
- Ansprechpartner der älteren Generation, insbesondere nachdem diese Opfer von Straftaten geworden sind
- Psychosoziale Aufgaben werden durch

die Seniorenberater nicht übernommen.

3. Organisatorisches:

- Die als Seniorenberater eingesetzten Interessenten stehen grundsätzlich unter Führung und Koordination durch den Kriminaldienstreferenten des BPK/SPK. Fachlich zuständig ist der Assistenzbereich Kriminalprävention beim Landeskriminalamt. Als Einsatzgebiet ist primär der Wohnbezirk des Interessenten heranzuziehen. Ein bezirksübergreifender Einsatz kann auf freiwilliger Basis erfolgen.
- Die pensionierten Exekutivbediensteten die als Seniorenberater eingesetzt sind, werden vom Verein „VEREINIGUNG KRIMINALDIENST ÖSTERREICH“ (vormals Vereinigung der Bundeskriminalbeamten Österreichs) als Mitglieder aufgenommen und sind im Rahmen ihrer Tätigkeit als Seniorenberater haftpflicht- und unfallversichert. Die Aufnahme als Vereinsmitglied und die Versicherung sind kostenlos und erfolgen auf freiwilliger Basis. Die dienstlich zur Verfügung gestellten Einsatzmittel wie Notebook, Beamer, Kopierer können in Anspruch genommen werden. Dienstkraftfahrzeuge werden nicht zur Verfügung gestellt. Für die Ausbezahlung einer Aufwandsentschädigung kann derzeit keine Zusage gemacht werden.

4. Ausbildung und Fortbildung:

- Es wird eine 4 tägige Ausbildung für die Thematik geben.

Tausche Stimme gegen Kugelschreiber

Die Personalvertretungswahlen stehen heran. Das hat in unserer Vereinigung zur Diskussion geführt, ob wir den einzelnen Fraktionen in unserer Zeitung Platz geben sollen, damit sie unseren Lesern ihre Zielvorstellungen, näher bringen können. Vor allem was sie für den Kriminaldienst tun werden, interessiert uns. Sich bei Personalvertretungswahlen zu engagieren, ist für die Vereinigung nicht Neues. In der 1. Republik waren wir eine Art Gewerkschaft und erst 1946 entschieden unsere Vorgänger sich nicht als eigene Gruppe an Wahlen zu beteiligen. In den Folgejahren wurden immer wieder Veranstaltungen mit Personalvertretern abgehalten. Sollen wir diese Tradition fortsetzen oder nicht, das war die Frage.

Wir kamen zu der Überzeugung, dass die wahlwerbenden Fraktionen heutzutage, im Gegensatz zu früher, genug eigene Möglichkeiten haben ihre Zielvorstellungen unter dem Wahlvolk zu verbreiten. Wir glauben auch, dass unsere Mitglieder intelligent genug sind zu erkennen, wer für den Kriminaldienst etwas tut und wer nur Plattheiten in die Luft bläst. Auch wird niemand wegen etwas Krimskrums seine Wählerstimme eintauschen. Man sollte jenen Personalvertreter, jene Gruppe wählen, durch den/die man sich am besten vertreten fühlt und nicht weil ein Kugelschreiber, ein Schreibblock oder sonst irgendein Gegenstand geringen Wertes verteilt wird.

• Richard Benda

5. Sonstiges:

- Engagierte Interessenten können sich bei der Vereinigung Kriminaldienst Österreich melden.
- Für Anfragen der Interessenten steht AbtInsp Wolfgang GASSLER vom Bundeskriminalamt unter der TelNr. 0664/ 255 20 01 zur Verfügung.

**IMPRESSUM**

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. (01) 317 16 75,
E-Mail: redaktion@kripo.at

Präsident: Richard Benda

Chefredakteur: Prof. Josef W. Lohmann

Redaktionssekretariat: Marion Elsigan

Gestaltung: Christian Doneis

Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Ludwig Hinterkörner, Werner Hetzl, Gerhard Lochmahr, Willibald Plenk, Herbert Zwickl, Mag. Manfred Zirnsack

Redaktionsadresse:

Redaktion der kripo.at, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

Sektionsleiter in den Bundesländern:

SPK Eisenstadt, Neusiedler Str. 84, 059 133 15-0.

SPK Graz, Paulustorgasse 8, 059 133 60, Roman Rabitsch,

SPK Innsbruck, Kaiserjägerstr. 8, 059 133 70, Wolfgang Knöpfler,

SPK Klagenfurt, St. Ruprechterstraße 3, 0463 5333-6150, Harald Jannach,

SPK Linz, Nietzschestraße 33, 059 133 40-3750, Ludwig Hinterkörner,

SPK Wels, Dragonerstraße 29, 059 133 4190-324, Martin Müllner,

SPK St. Pölten, Linzer Straße 47, 059 133 35, Ernst Wolfgang,



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28
Hersteller: DHT Feldkirchen b. Graz, Gmeinerstraße 1-3 **Verlags- und Herstellungsort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen der Bundespolizeidirektion Wien verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.

Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606

„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at

WIENER UND LINZER PENSIONISTENVEREINIGUNG

„SENIORENTREFF DER WIENER“

Jeden 1. Montag im Monat ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landsknecht“
9. Bezirk, Porzellangasse/Ecke Thurngasse.

„SENIORENTREFF DER LINZER“

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

"KRIPO STAMMTISCH WELS"

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

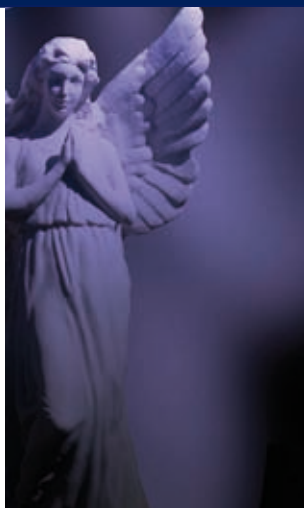
TODESFÄLLE

Anna Tichler,
Witwe n. BI Anton Tichler,
Wien,
im 80. Lebensjahr

Josef Hoffmann, Al.,
Wien,
im 84. Lebensjahr,

Michael Reumann, Al.,
Wien,
im 90. Lebensjahr,

Felix Alois Grurl, Al.,
Wien,
im 84. Lebensjahr,



kripo.at TERMINE

21.-23. Oktober 2009

30. Österreichische Sicherheitstage in Saalfelden

Thema: Sicherheit im nächsten Jahrzehnt

Näheres unter: www.kuratorium-sicheres-oesterreich.at

Die für November vorgesehene Veranstaltung ist noch nicht fixiert.

Bitte beachten Sie unsere Homepage www.kripo.at

20. Jänner 2010

Vortrag Dr. Mark Benecke, der Madendoktor

Ort: Hotel Wilhelminenberg

Thema: Forensische Biologie zur Unterstützung der Beweisführung

Näheres unter: www.madendoktor.at

Dieser Vortrag wird von uns gesponsert. Mitglieder erhalten auf den Teilnehmerbetrag von 299,- Euro einen Bildungszuschuss von Euro 100,-.

2.-3. Februar 2010

13. Europäischer Polizeikongress in Berlin

Thema: Globale Sicherheit - eine Herausforderung für Europa

Näheres unter : www.european-police.eu

5.-6. Mai 2010

Fachtagung des Bdk**Tatort-Internet**

Ort: Kongresszentrum Leipzig

Thema: Internetkriminalität

Näheres unter : www.kripoindex.de

Diese Veranstaltung findet in Verbindung mit der Polizeimesse GPEC (www.gpec.de) statt.

Unsere Vereinigung ist Mitveranstalter der Tagung und wird zu Messe bzw. Tagung eine Reise durchführen.



Alle Mitglieder die kein Internet besitzen und Auskünfte wollen, erhalten diese in unserem Sekretariat unter der Telefonnummer: 01 317 16 75.

Treffen mit einem Spion

Cafe Central - ein Wiener Kaffeehaus das seit fast hundert Jahren Treffpunkt der unterschiedlichsten Politiker und Künstler, Prominenten und Intellektuellen ist. In keine dieser Kategorien fallen Spione. Und doch traf der Autor hier einen, der ihm seine Lebensgeschichte beichtete.



Ex-Spion Sieberer – Neubeginn in Tirol

Dr. Hannes Sieberer, hat so gar nichts von dem was man sich so klischeehaft unter einem Spion vorstellt. Schon mit fünfundzwanzig Jahren führte er Agenten des INSCOM (Intelligence and Security Command) mit Sitz in München. Sein Einsatzgebiet war die DDR, wo er unter dem Decknamen "Kurt Klepp" einen Mitarbeiter in einer Rostocker Werft im militärisch-technischen Bereich anwerben konnte.

Die Stasi kam ihm auf die Spur und er wurde im Herbst 1982 verhaftet und in das berüchtigte Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen eingeliefert. Fast ein Jahr später wurde er nach einem zweitägigen Prozess zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt.

Er wurde im Spezialgefängnis Bautzen II nahe der polnischen Grenze, für Spione und politische Häftlinge inhaftiert. Dieses unterstand nicht, wie sonst üblich, dem Ministerium des Inneren, sondern direkt dem Ministerium für Staatssicherheit.

Seitenwechsel

Seine Verhaftung sorgte für entsprechende Schlagzeilen. Sowohl der damalige Bundeskanzler Sinowatz als auch der frühere Bun-

despräsident Kirchschnäglger ersuchten um seine Freilassung, vorerst ohne Erfolg. Dies, obwohl ausgezeichnete politisch-wirtschaftliche Beziehungen zwischen Wien und Ost-Berlin bestanden und die DDR um gute Verhältnisse mit Österreich bemüht war. Doch plötzlich, am 11. Juni 1985, wurde er an der Glienicke Brücke zwischen West-Berlin und Potsdam ausgetauscht. Dabei wechselten Personen aus sechs verschiedenen Staaten im wahrsten Sinne des Wortes die Seiten, unter anderem Dr. Hannes Sieberer.

Neubeginn

In seiner Heimat Tirol musste er zuerst an einen Neubeginn denken. Die Haft hatte entsprechende gesundheitliche und familiäre Schwierigkeiten hervorgerufen.

Mit dem kurz vor seiner Festnahme geborenen Sohn, der Polizist wurde, hält er bis heute Kontakt.

Der Spion, der nun keiner mehr war, studierte an der Uni Innsbruck. Er promovierte über "die Rolle von Nachrichtendiensten in den internationalen Beziehungen".

Nach der Wende recherchiert er seinen Fall und stößt auf fatale grundlegende Fehler der Amerikaner, die ihm und einigen anderen

die Freiheit kosteten. Im Gespräch darüber ist ihm die Verbitterung noch immer anzumerken.

Beruflich geht es mit ihm bergauf. Er wird Politikberater, parlamentarischer Mitarbeiter und später sogar Referent im Staatssekretariat des Sozialministeriums. 1993 erfolgt eine zweite Eheschließung und die Geburt einer Tochter. Heute leitet er eine Familien- und Männerberatungsstelle.

Das Geheimnis

Die Frage, warum die DDR ihn trotz höchster Fürsprache nicht früher entlassen hat, beschäftigte ihn lange.

Anwalt Vogel hat 2008 kurz vor seinem Tod das Geheimnis gelüftet. Die DDR wollte ein Faustpfand wegen ihrer in Wien 1983 aufgefliegenen Agenten. Auch der mittlerweile legendäre Markus Wolf war daher gegen die Freilassung des Österreicherers. Er wurde erst 1985 beim großen Agentenaustausch berücksichtigt. Heute lebt Dr. Hannes Sieberer in Schwaz in Tirol und ist Verfasser einiger Fachbücher aus der Zeit des Kalten Krieges.

• Oberst Willibald Plenk



Geheimdienste in Europa

Transformation, Kooperation und Kontrolle

Sachkompetente Publikationen über geheime Nachrichtendienste sind im deutschsprachigen Raum eher selten. Liegt das sozusagen in der Natur der Sache? Nicht wirklich, denn im angloamerikanischen Raum gibt es seit langem eine solide politik- und geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit geheimen Nachrichtendiensten.

In Deutschland kommt die politisch interessierte Öffentlichkeit mit den Diensten meist nur via häufiger „Geheimdienstskandale“ in Berührung, in denen die Nachrichtendienste abwechselnd als Oberbösewichte oder Schlapphut-Karikaturen erscheinen.

Aber geheime Nachrichtendienste nehmen eine für Staat und Gesellschaft essentielle Aufgabe wahr: Die Erstellung eines möglichst realitätsnahen Lagebildes und belastbarer Lagebeurteilungen als der unabdingbaren Voraussetzung und Basis vernünftigen politischen Handelns.

So es denn der politisch interessierten Öffentlichkeit nüchtern und sachlich erklärt wird, ist für sie auch nachvollziehbar, dass in eine fundierte Lagebeurteilung nicht nur öffentlich zugängliche, sondern auch geheim beschaffte, eben weil geheime Informationen einfließen müssen. Auch wenn

es paradox klingen mag, geheime Nachrichtendienste erbringen ein hochwertiges „öffentliches Gut“ – oder sollten es zumindest.

Das Verständnis dieser Kernaufgabe der geheimen Nachrichtendienste für Staat und Gesellschaft ist zu wichtig, um in der politischen interessierten Öffentlichkeit nur eine kümmerliche Randexistenz zu führen.

Deshalb ist ein im März 2009 erschienenes Buch ausgesprochen wichtig: Geheimdienste in Europa – Transformation, Kooperation und Kontrolle; herausgegeben von den Kölner Politikwissenschaftlern Thomas



Jäger und Anna Daun. (VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 347 S., 29, 90 Euro)



Die Mehrzahl der Beiträge des Buches wurden von Wissenschaftlern verfasst, aber unter den Autoren sind auch die ehemaligen BND-Präsidenten Hans-Georg Wieck und Hansjörg Geiger. Hinzukommen Beiträge von erfahrenen „Praktikern“ aus den Diensten oder aus Regierungsstellen, die mit diesen befasst sind.

Auf den ersten 150 Seiten bekommt man einen gerafften, aber guten Überblick über die Nachrichtendienste Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Spaniens und Polens. Allein die Lektüre der 21 Seiten über die deutschen Nachrichtendienste geben dem Leser eine beruhigende Gewissheit, nun wesentliche Fakten und Zusammenhänge zu kennen, die sich wohltuend von den weit verbreiteten episodischen und ideologisch umspülten Darlegungen zum Thema unterscheidet.

Der zweite Teil behandelt die Frage der Notwendigkeit und der Möglichkeiten multilateraler nachrichtendienstlicher Kooperation in der Europäischen Union. Diese Frage ist keine akademische, sondern für Handlungsfähigkeit der EU auf der weltpolitischen Bühne von entscheidender Bedeutung. Ohne eine bestmögliche, gemeinsame Lagebeurteilung bleibt die „Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) eine „Dame mit akuter Sehschwäche“.

Die „nachrichtendienstliche Landschaft“ in der EU

Das geheime Nachrichtenwesen ist in jedem europäischen Land anders organisiert. Die Unterschiede beziehen sich auf die Trennung bzw. Einheitlichkeit von Nachrichtendienst und Polizeigewalt, von Innerer

Sicherheit und Auslandsaufklärung, von militärischen und zivilen Diensten; es gibt große Unterschiede beim Rechtsstatus der Dienste und darin, welche Staatsinstitutionen, welchen Diensten Aufträge erteilen und Empfänger der nachrichtendienstlichen Produkte sind; es gibt große Unterschiede bei der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste, sofern sie überhaupt besteht; und dazu kommen noch häufige Umorganisationen mit verwirrenden Namensänderungen. Leider fehlt dem Band eine Liste

Angesichts der so unterschiedlichen „nachrichtendienstlichen Kulturen“ innerhalb der EU, muss man fragen, ob selbst bei gutem Willen der Regierungen und Nachrichtendienste eine multilateral nachrichtendienstliche Zusammenarbeit in Europa überhaupt möglich ist? Schließlich geht es bei den Nachrichtendiensten um den Kernbestand essentieller, nationaler Staatlichkeit. Neben dem legitimen Bestehen auf einen Kernbestand nationaler Souveränität ist zu berücksichtigen, dass jeder Nachrichtendienst mit



Geheimdienste verfügen über modernste Techniken

der inflationär gebrauchten Abkürzungen. Neben der auf verwirrende Weise vielgestaltigen Organisationsstrukturen und Rechtsverhältnisse unterscheiden natürlich auch sich die „nachrichtendienstlichen Kulturen“ in den Ländern Europas, nicht nur im Binnenmilieu der Dienste selbst, sondern auch in der jeweiligen Außenwirkung. Und da sind wir wieder bei der erwähnten Schlüsselfrage für die politisch interessierte Öffentlichkeit, wenn es um geheime Nachrichtendienste geht. Sehen sich Nachrichtendienste als Erbringer einer anspruchsvollen und unverzichtbaren Qualitätsleistung für Staat und Gesellschaft, eines „öffentliches Gut“ oder fühlen sie sich im undurchsichtigen Milieu „dunkler Mächte“ eigentlich recht wohl?

dem need to know-Prinzip operiert, was äußerste Restriktion bei der (internen und externen) Weitergabe geheimer Informationen bedeutet. Nur das wird „herausgelassen“, was unbedingt erforderlich ist. Bezüglich der bi- oder multilateralen Kooperation von Nachrichtendiensten sehen Jäger und Daun eine Problemkette von übersteigter „Abschottung“, besonders ausgeprägter Organisations-Sozialisation, und nur „spärlichen Beziehungen zu anderen Organisationskulturen“. Dies führe nicht nur zu „Status Quo“-Denken, sondern zu „besonders starren Handlungsroutinen“ im gegenseitigen Austausch der Nachrichtendienste:

Diese „Handlungsroutinen“ bei der Kooperation von Nachrichtendienste basieren auf





folgenden Grundlagen: Erstens der unbedingte Schutz eigener Quellen und Methoden; zweitens „der Austausch von Information nach dem Prinzip des do ut des (oder auch quid pro quo), bei dem der Partner die erhaltene Information mit Gleichwertigem zurückzahlt; und drittens die Third Party Rule, nach der Informationen des Tauschpartners ohne dessen Autorisierung nicht an Dritte weitergegeben werden dürfen.“

Noch weit schwerwiegender ist das, was Jäger und Daun, „vergiftete Kooperation“ nennen: Das deklaratorisch Interesse an und selbst die organisatorisch Implementierung von Kooperation zielen tatsächlich auf „asymmetrische Kompromisse“ – faule Kompromisse nur zum eigenen Nutzen -- oder sogar das Scheitern der Intelligence-Kooperation ab. Hinzu kommt „der Einfluss Dritter auf derartige [Kooperations-]Prozesse“. Die Autoren belassen es aber mit dem bedauerlich vagen Hinweis darauf, dass „Schwierigkeiten auf bestimmten Gebieten (insbesondere der ESVP [Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik] mit der Politik der Vereinigten Staaten eng verbunden sind“.

Gestaltungsoptionen für die nachrichtendienstliche Kooperation in Europa

So wird klar, dass die multilaterale Kooperation von Nachrichtendiensten in der EU vor enormen, scheinbar unlösbaren Problemen steht. Dennoch gibt es diese Kooperation in der EU, sowohl in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht: Die „Strategieplanungs- und Frühwarninheit“ („Policy Unit“) beim Hohen Vertreter für GASP – z.Z. Javier Solana; das „Politische und Sicherheitspolitische Komitee“ beim „Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“; dem „Gemeinsamen EU- Lage- und Analysezentrum“ (EU Joint Situation Center/SitCen); EU Militärausschuss (EUMC); und das EU Satelliten-Zentrum (EUSC) in Torrejon, Spanien. Wie auch in Bezug auf Innere Sicherheit: Europol, die „Schengen“-Struk-

tur, „Terrorism Working Party“ (TWP), „Police Working Group on Terrorism“ (PWGT), „Counter Terrorism Group“ (CTG), die EU-Antibetrugsbehörde OLAF.

Die hier versuchte Auflistung ist wahrscheinlich nicht vollständig. Der organisatorische Flickenteppich nachrichtendienstlicher Kooperationsstrukturen in der EU – so wie sie heute existieren -- ist sehr schwer durchschaubar und der hier rezensierte Band macht sie auch nicht besser verständlich.

Aus dem bislang Ausgeführten dürfte klar geworden sein, dass die scheinbar „große Lösung“ der Integration – nicht Kooperation – der geheimen Nachrichtendienste auch langfristig illusionär ist. Zumindest die großen EU-Mitgliedsstaaten, wahrscheinlich aber alle, werden ihren nationalen Nachrichtendienste nicht aufgeben, um sie in einer Art von „EU-CIA“ aufgehen zu lassen.

Das ist auch die nüchterne Feststellung des ehemaligen BND-Chefs Wieck:

Es gibt ab er auf europäischer Ebene einen Bedarf für strukturierte, kontinuierliche Konsultationen und Analysen bezüglich Innerer Sicherheit (Terrorismus, Radikalismus), wirtschaftlicher und technologischer Sicherheit, operativer Sicherheit bei Friedens- und Krisenmanagement und im Spannungs- bzw. Kriegsfall, Spionageabwehr und IT-Sicherheit.

Daraus folgt: „Im Interesse der Harmonisierung nationaler Politiken in diesen Bereichen sind europäische Konsultationen über die nachrichtendienstlich auf nationaler Basis auf diesen Feldern gewonnenen Erkenntnisse mit Handlungsentscheidungen oder -Empfehlungen unerlässlich. Die Effizienz dieser Konsultationen hängt in erheblichem Maße von der Existenz einer integrierten Analysekapazität im Zentrum der Europäischen Union ab. Unbestritten ist auch, dass heutzutage kein einzelnes Land – auf sich gestellt – ausreichende Erkenntnisse auf geheimdienstlichem Wege für alle Gebiete

nationalen Interesses beschaffen kann.“

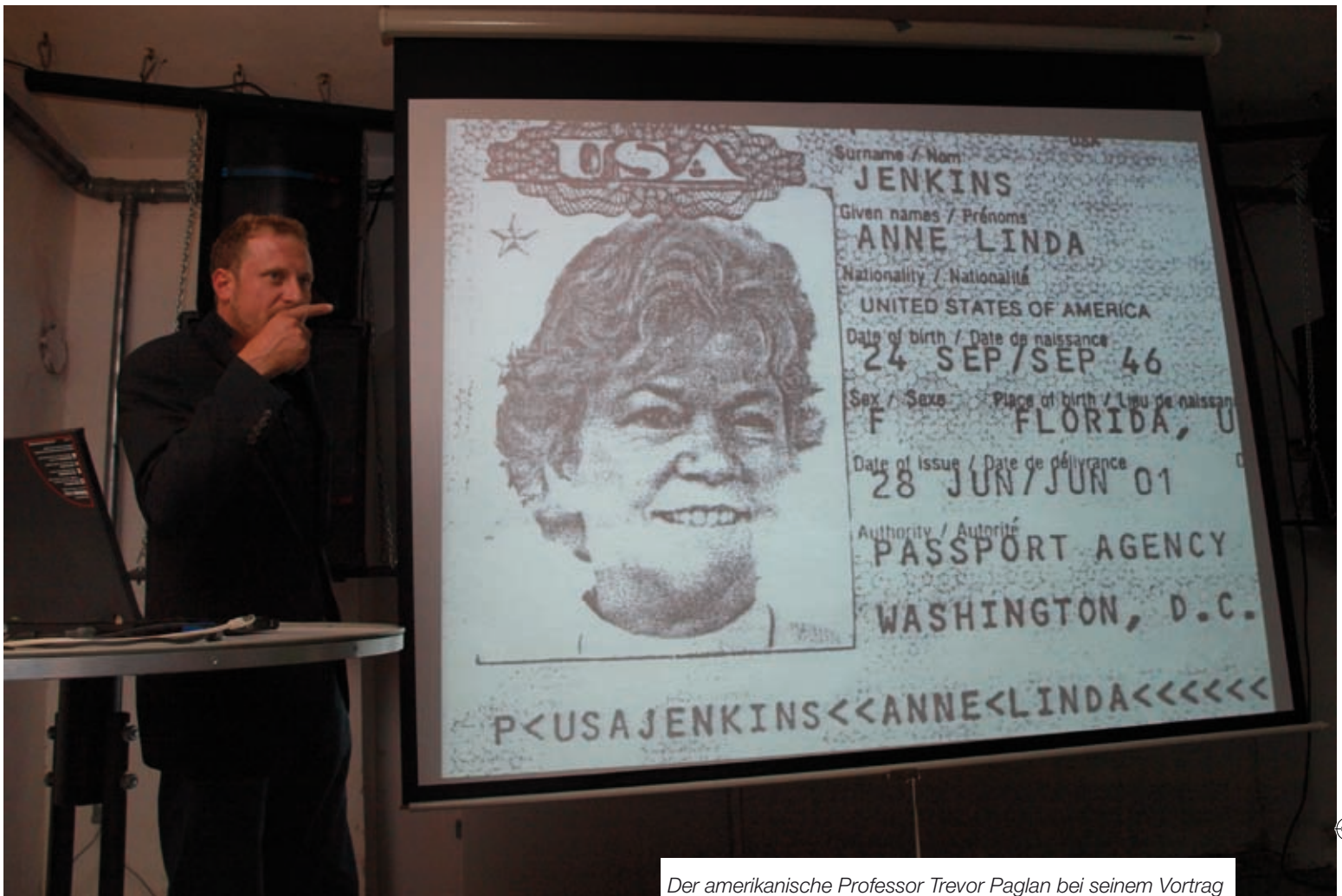
Wieck befürwortet also ein gemeinsames, integriertes Auswertungszentrum der EU für die Lagebeurteilung. Die Beschaffung des Nachrichtenmaterials verbleibt bei den nationalen Geheimdiensten, denn „der Einsatz geheimdienstlicher Mittel ist an nationale gesetzliche oder gegebenenfalls zwischen den EU-Mitgliedstaaten getroffene vertragliche Rahmenbedingungen gebunden. Im nationalen Rahmen finden die Auftragserteilung für die Geheimdienste und die Ergebniskontrolle durch die Exekutive sowie die parlamentarische politische Kontrolle und verwaltungsrechtliche Kontrolle unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der individuellen Grundrechte statt.“

Das Modell für das Funktionieren einer strukturell gestalteten Kooperation der Geheimdienste in Europa sieht Wieck in der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der NATO in den Zeiten des Kalten Krieges. Im Rückblick mag die nachrichtendienstliche Kooperation zwischen den NATO-Staaten wenig spektakulär erscheinen, aber sie war erfolgreich. Das sei darauf zurückzuführen, so Wieck, dass es in der NATO „eine Aussprache und eine einvernehmliche Beurteilung geben musste – und kein Diktat einer Seite, das auf nationalen Kanälen den Ländern nahegebracht worden wäre, die keine eigenen Erkenntnisse hatte und daher die Vorstellungen des großen Partners unbesehen hätten akzeptieren müssen. Wenn im Jahre 2003 die Lage im Irak nach NATO-Regeln erarbeitet worden wäre, hätte es wahrscheinlich keine der[artigen] Fehlbeurteilungen gegeben.“

Wiecks Schlussfolgerung: Im Wege institutionalisierter Konsultationsregelungen und integrierter Analysekapazitäten der geheimen Nachrichtendienste in der Europäischen Union würde ein qualitativ annähernd gleichwertiges Ergebnis erzielt werden können, wie bei den nationalen -- eo ipso „vollintegrierten“ -- Geheimdiensten der anderen Großmächte auf der multipolaren Weltbühne.

• Michael Liebig





Der amerikanische Professor Trevor Paglan bei seinem Vortrag

Die schwarze Welt

Da staunt der amerikanische Professor Trevor Paglan nicht schlecht, als er eines Morgens sein Zimmer an der Universität betreten will: Ein Fremder im Trench macht sich nämlich gerade an seiner Tür zu schaffen. Genauer gesagt – er versucht das Foto zu stehlen, das seit Monaten dort in einer Plastikhülle befestigt ist. Dabei zeigt das Bild keineswegs ein heißes Pin-up-Girl, sondern nur eine vergleichsweise völlig unerotische Militärbasis. Eine geheime allerdings. Kein Wunder: Professor Paglan hat ein ungewöhnliches Hobby – er ermittelt auf eigene Faust in Sachen Geheimdienst. Sprich: Er versucht herauszufinden, was der CIA so alles treibt... Das ominöse Foto der geheimen

Militärbasis hat er einmal mit Telezoom aufgenommen.

Paglan ist neugierig. „Wissen Sie denn überhaupt, was Sie da klauen?“, fragt er den mysteriösen Fremden. Der antwortet mit einer Gegenfrage: „Und Sie? Wissen Sie, was das ist?“ Paglan grinst nur viel sagend.

Nach diesem kleinen Intermezzo verschwindet der seltsame Typ – aber nicht, ohne sich zuvor als Major vom Secret Service zu outen. Das Foto bleibt an Ort und Stelle. Bis heute.

Die Story könnte aus einem James-Bond-Film stammen. Aber sie ist genauso authentisch wie Prof. Paglan selbst, der im sogenannten Wiener Netzkulturzentrum Metalab

kürzlich einem Vortrag über „die schwarze Welt“ des „military industrial complex“ hielt.

Beweise für die Existenz dieser „schwarzen Welt“ ließen sich ganz offiziell finden. In den USA beinhalten die bürgerlichen Grundrechte, wie sie in der berühmten „Constitution“, der amerikanischen Verfassung, für immer verankert sind, auch die Verpflichtung der Regierung und aller Ämter zur offenen Buchhaltung gegenüber jedem Bürger, der es ganz genau wissen will.

Im Jahr 2008 enthielten die Jahresabrechnungen des US-Verteidigungsministeriums (Department of Defence, DoD) höchst dubiose Posten wie ein Projekt namens „Pilot Fish“ - dotiert mit schlappen 130 Millionen

US-Dollar... Das Gesamtbudget aller Posten mit solchen Fantasienamen beträgt pro Jahr nicht weniger als über 30 Milliarden US-Dollar! Von einer Verpflichtung zur Offenlegung dieser codierten Projekte steht übrigens nichts in der Constitution...

Die Schattenwelt entsteht

Die Ursprünge der „dark world“ reichen bis in den zweiten Weltkrieg zurück. Auf einer Konferenz von Atomtechnikern meinte Niels Bohr, dass man eine Nuklearwaffe nur dann erbauen kann, wenn man das gesamte Land in eine Fabrik verwandeln würde.

Als er einige Zeit später in die USA zurückkehrte, hatte das berühmte „Manhattan Project“ Ausmaße angenommen, die von ihrem Aufwand her die gesamte damalige Autoindustrie übertraf – der Grundstein für den sog. Military Industrial Complex war gelegt.

In den 1980ern tat die Reagan-Regierung ein Übriges. Damals schrieb man Spionagesatelliten und Stealth-Bombern, die am Radar

nicht erkennbar sind, eine ähnlich magische Wirkung wie „Silver Bullets“, also den legendären Freikugeln, zu und war der Meinung, mit ihnen eine militärische Vormachtstellung erzielen zu können. Dieser Wunderglaube bescherte dem militärischen Geheimdienst fast ein uneingeschränktes Budget, welches von Forschern gerne angenommen wurde.

Fliegende Phantome

Trevor Paglans Meisterleistung ist zweifellos die Aufdeckung interessanter Details des Rendition-Projekts der CIA. Hierbei handelt es sich um Flüge, bei denen irgendwo in der Welt gefangen genommene Terrorverdächtige zwecks „Weiterverarbeitung“ in andere Teile der Welt gebracht wurden.

Aus flugrechtlichen Gründen müssen solche Transporte durch zivile Unternehmen durchgeführt werden.

Diese Unternehmen sind auf den ersten Blick normale Zivilgesellschaften amerikanischen Rechts – nur haben sie recht kuriose Geschäftssitze (meist kleine Anwaltskanzleien) und offensichtlich Geschäftsführer, die nur als Postfach existieren.

Eine bis vor einigen Jahren öffentlich aufliegende Liste von Unternehmen, die auf Militärbasen landen durften, enthielt immer wieder einige mit auffallend weit reichenden Lizenzen.

Anhand dieser rekonstruierte Paglan den Weg des Häftlings Khaled el Masri von Moldawien nach Afghanistan und fand anhand einer Skizze des Gefängnisses sogar eine mögliche Location nördlich von Kabul.

Dass Paglan seinen nächsten Urlaub im schönen Land Afghanistan verbrachte, war selbstverständlich reiner Zufall. Dieser führte ihn schließlich auch in die Gegend des mutmaßlichen Lagers. Und was entdeckte er dort? Einheimische Schafhirten mit Kappen eines Tochterunternehmens von Halliburton, also jenes Konzerns, dessen Vorstandsvorsitzende der ehemalige US-Vizepräsident Dick Cheney war... Weitere Beobachtungen scheiterten daran, dass er höflich, aber bestimmt von herbeieilenden Securitys vertrieben wurde.

• Tam Hanna

Das Geschäft mit der Krise

Umsatzeinbrüche allerorts, Endzeitstimmung in manchen Branchen. Unberührt davon ist die Sicherheitsbranche. Im Gegensatz zum allgemeinen Trend, scheint sie der Krisengewinner zu sein.

Die allgemeine Kriminalitätssteigerung in den ersten vier Monaten dieses Jahres ist vor allem auf die Steigerung der Einbrüche zurückzuführen. 6.200 Einbruchsdiebstähle in Wohnungen und Einfamilienhäuser verzeichnet die aktuelle Kriminalstatistik von Jänner bis März. Die Erhöhung nach Prozentzahlen: 16,6% bei Wohnungseinbrüchen und 37,7% bei Einbrüchen in Einfamilienhäuser. Das rechtfertigt Geld in Sicherheitsmaßnahmen zu investieren. Besonders krass ist die Steigerung bei Ein-



brüchen in Einfamilienhäuser wenn man den August des Vorjahres mit 236 Einbrüchen mit dem April dieses Jahres mit 641 vergleicht. Eine Steigerung um das 2,7fache kann man nicht einfach als jahreszeitlich übliche Schwankung erklären.

Brennpunkt bei den Wohnungseinbrüchen ist die Bundeshauptstadt Wien. 65% mehr Anzeigen (von 612 auf 1010 von August 2008 bis April 2009) in diesem Bereich registrierte man alleine in Wien. Dagegen nimmt sich die Gesamtzunahme aller Delikte von 14,5% fast bescheiden aus. Damit ist offensichtlich, dass sich Einbrecher Wohnungen und Einfamilienhäuser als aktuelle Zielobjekte auserkoren haben.

Eine Rundfrage in der Branche zeigt, dass zwei Sicherungen die Renner zu sein scheinen: Alarmanlagen und Videoüberwachung.

Ein Brancheninsider schätzt die Umsatzsteigerung bei Alarmanlagen von etwa 25% gegenüber 2008. Auch Securitas, einer der großen Branchenleader, bestätigt das. Der Sicherheitssupermarkt Security-Land will gar um 100% mehr verkauft haben als im Vorjahr. Derzeit besitzen nur etwa 8% der Österreicher eine Alarmanlage, der Wunsch eine zu besitzen liegt aber bei 55%, ein weites Feld für fleißige Verkäufer. Wer jetzt erst nachdenkt, verschläft den

Boom. Nach einer Umfrage des Market-Instituts sind 50% der Österreicher bereit bis zu 500,- Euro für eine Alarmanlage zu investieren. Vielfach glauben viele Österreicher, dass ein Sicherheits Schloss oder eine Sicherheitstüre das beste Mittel gegen einen Einbruch sei.

Bei EVVA, einem der großen Schlosshersteller in Österreich, steigen vielleicht auch deshalb die Umsätze. 9 Millionen, oder etwas mehr als 10%, betrug die Zunahme. Auch bei EVVA registriert man ein erhöhtes Sicherheitsbewusstsein, ein einfaches Schloss kauft heute niemand mehr.

Interessant ist, dass nur 23% der Österreicher eine Videoüberwachung als sehr gutes bzw. 38% als gutes Mittel gegen Einbrüche sehen.

So werden Videoüberwachungsanlagen angeblich im Gegensatz zu anderen Maßnahmen eher nicht als bevorzugtes Sicherungsmittel angesehen.

Im Gegensatz dazu stehen aber die Verkaufszahlen. Hier wird ein wahrer Boom registriert. Die Datenschutzkommission meldet 240 Anmeldungen von Videoanlagen in den ersten vier Monaten des heurigen Jahres. Zum Vergleich: 2007 gab es insgesamt nur 370 Anmeldungen.

Wenn man noch bedenkt, dass ein Teil der privaten Nutzer solcher Anlagen diese mangels Wissen über die rechtliche Situation nicht anmeldet, muss man wohl von einer grossen Anzahl illegaler Anlagen ausgehen. Ausschlaggebend dafür, ist sicher auch die Änderung der gesetzlichen Situation.

Auf Grund einer Entscheidung der Datenschutzkommission (DKS) ist es jetzt möglich Anlagen ohne Genehmigung errichten,

wenn diese Anlagen nur das eigene Grundstück überwachen.

Auch Möglichkeit der Absicherung von Liegenschaften und Objekten durch einen privaten Wachdienst ist im Zunehmen. Laut Harald Neumann von G4S-Österreich, erlebt der Nachtwächter eine Renaissance. In manchen Gegenden fühlen sich die Einwohner beruhigter, wenn mehrmals pro Nacht die Revierstreife einer Sicherheitsfirma durchfährt. Mag sein das dies beruhigt, ob es hilft ist eine andere Sache. So sieht es auch die Marketumfrage, nur 22% der Befragten sehen in einem Wachdienst eine sehr gute Sicherung gegen Einbrecher und Diebe.

• Josef W. Lohmann



Videoüberwachung im privaten Bereich im kommen



Alarmanlagen erhöhen das Sicherheitsgefühl